



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

**Medienkonferenz:
«Das System DPD»
Bern, 23. Februar 2021**

Roman Künzler, Verantwortlicher Logistik & Transport Unia

Das System DPD

Sehr geehrte Damen und Herren

Zwar spricht DPD überall und ständig von den Fahrer*innen als «unsere Mitarbeiter» und «unsere Fahrer», die letzte PR-Offensiven zeigt ein glückliches Model, verkleidet als DPD-Fahrer, welcher sich begeistert mit Federer-Trainer Severin Lüthi über seinen Job austauscht. Crux des Systems DPD: Kein einziger von ihnen ist direkt bei DPD angestellt und die Arbeitsbedingungen absolut inakzeptabel. Formal ist der Arbeitgeber ein kleiner Subunternehmer, meist mit 10-15 Angestellten, der keine andere Aufgabe hat, als für DPD-Lieferungen auszuführen und den Chauffeur*innen im DPD-Overall den Lohn zu zahlen.

DPD als grösster privater Lieferdienst der Schweiz liefert über etwa 80 outgesourcte Transportunternehmen, die wiederum schätzungsweise 800 Fahrer*innen beschäftigen. DPD wälzt systematisch Risiken und Kosten auf Subunternehmer und Arbeitnehmende ab, behält aber die volle Kontrolle über alle Operationen. Subunternehmer bei DPD zu sein, ist kein Unternehmertum im eigentlichen Sinne. Es ist eine komplette Integration in die DPD-Struktur; alles wird über ein zentrales Betriebssystem gesteuert. DPD schafft sich mit diesem Modell aus unserer Sicht einen klar unlauteren Vorteil im umkämpften Paketmarkt, da es der Umgehung der geltenden Regeln zu gelten scheint. DPD weist bei allen Missständen immer jegliche Verantwortung von sich. Heute zeigen wir auf, dass diese Missstände System haben. Das System DPD.

Angesichts der geschilderten Arbeitsbedingungen haben wir es hier mit einer ganzen Reihe von Skandalen zu tun. Etwas, das in keine Medienmitteilung passt. Wir haben daher einen über 30-seitigen Report über das System DPD geschrieben, welchen wir Ihnen heute zugänglich machen.

DPD interessiert sich nicht für Missstände

Wir befinden uns in einem schwierigen Konflikt mit einem multinationalen Konzern. DPD gehört in letzter Instanz dem französischen Staat, was die Sache umso unglaublicher macht. Die Missstände sind so offensichtlich, die Verantwortlichkeiten auch. Die Fahrer*innen und Logistikarbeiter*innen haben sich in dreistelliger Zahl der Unia angeschlossen, überall

Gewerkschaftsgruppen gegründet und das nationale Delegierten-Komitee respect@DPD. DPD hat sich in einer unfassbaren Verweigerungshaltung bisher nicht zu einem direkten Gespräch bereit gezeigt. Als das Ausmass der Probleme klar wurde, versuchten wir schon vor Monaten, mit Tillmann Schultze, dem CEO der DPD (Schweiz) AG, ins Gespräch zu kommen. Jeglicher Kontakt wurde verweigert. Immer wird behauptet, dass alle Gesetze eingehalten würden.

Wir haben DPD am 9. Februar 2021 formell um Verhandlungen innerhalb der nächsten zwei Wochen gebeten. Der CEO hat sofort angekündigt, dass er bis Ende März nicht mehr erreichbar sein wird. Wir wünschen ihm gute Erholung in den Skiferien, während die Fahrer*innen und Fahrer weiterhin täglich gratis seine Pakete liefern. Die konkrete Antwort war eine Gesprächsverweigerung, gemischt mit Klagedrohungen gegen die Unia. Tatsächlich ist DPD in der Schweiz dafür bekannt, aggressiv und anwaltlich gegen Kritik vorzugehen. Dies ist ein klarer Verstoss gegen die Gewerkschaftsrechte in der Schweiz und gegen das globale Rahmenabkommen der Gewerkschaften mit GeoPost, der Muttergesellschaft von DPD. Dieses schreibt vor, dass Gewerkschaftsrechte respektiert und Verhandlungen geführt werden müssen.

DPD war letzte Woche nicht einmal zu einem Gespräch bereit, als wir mitteilten, dass ein Unia-Gewerkschaftssekretär beinahe von einem Lieferwagen eines Subunternehmers vorsätzlich umgefahren wurde! Nach dieser Eskalation und zahlreichen Einschüchterungen der Arbeitnehmenden seitens DPD und seiner Subunternehmer haben wir uns entschieden, an die Öffentlichkeit zu treten.

DPD als Gewinnerin der Krise, Fahrer*innen zahlen drauf

DPD ist einer der grossen Gewinner der Corona-Krise. Das gelieferte Paketvolumen stieg letztes Jahr um 35%. Einen grossen Teil des Zuwachses bewältigten die Fahrer*innen in Gratisarbeit. Die Lieferant*innen haben für viele Menschen eine essentielle Dienstleistung erbracht. Jetzt braucht es endlich Respekt auch von DPD und den Subunternehmen für diese Held*innen der Krise. Sie haben etwas besser verdient als schamlose Ausnutzung.

Fatale gesellschaftlichen Auswirkungen

Das System DPD hat gravierende gesellschaftliche Auswirkungen. Nach unseren Berechnungen werden den Fahrer*innen 6 bis 12 Millionen Franken Lohn jährlich vorenthalten. Den Sozialversicherungen fehlen dadurch Beiträge. Gleichzeitig prekarisiert das System DPD die gesamte Logistikbranche. Mit aus unserer Sicht unlauterem Wettbewerb kurbelt DPD den Preiskampf im Postmarkt an und treibt den Traum einer Firma ohne Arbeitnehmende, ohne Risiko und ohne Verantwortung auf die Spitze. Im Postmarkt konkurrenziert sie in der Zustellung nicht zuletzt die Schweizer Post. Für uns ist klar: Die DPD-isierung des Arbeitsmarkts muss gestoppt werden!

Behörden müssen hinschauen

DPD ist im Rahmen des Postgesetzes meldepflichtig und ist somit verpflichtet, «die Einhaltung der branchenüblichen Arbeitsbedingungen (zu) gewährleisten» (Art. 4 Abs. 3 lit. B Postgesetz). Mit anderen Worten: DPD ist dazu verpflichtet, zu überwachen, ob seine Subunternehmer die Gesetze einhalten, und einzugreifen, wenn Zuwiderhandlungen festgestellt werden. Das Gegenteil ist der Fall.

Hier ist die Aufsichtsbehörde für den Postmarkt, die PostCom, in der Pflicht. Für die Verletzungen des Arbeitsgesetzes im DPD-Universum sind die kantonalen Arbeitsinspektorate und die politischen Verantwortlichen von Bund und Kantonen zuständig.

Die Probleme sind nicht erst seit heute bekannt. Es müssen aber auch auf anderen Ebenen Regulierungsschritte angegangen werden. Es braucht eine Solidarhaftung für die Logistik- und Transportbranche, eine Fahrtenschreiberpflicht für Lieferwagen und ein Postgesetz, welches Pakete über 20kg reguliert.

Wir werden weiterhin für eine würdige Arbeit kämpfen – auch bei der DPD-Lieferungen muss dies möglich sein – und rufen alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte auch, die DPD-Fahrer*innen und die Angestellten in den Depots in ihrer schwierigen Auseinandersetzung aktiv zu unterstützen.